

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerhard Jüttemann, Wolfgang Bierstedt
und der Gruppe der PDS**
– Drucksache 13/4508 –

Fremdfirmen-Beschäftigung durch die Deutsche Post AG

Während die Deutsche Post AG in den Jahren 1995 und 1996 insgesamt 32 000 Arbeitsplätze abbaut, hat sie einen Pilotversuch angekündigt, bei dem erstmals andere Firmen im Auftrag der Post Werbebriefe austragen sollen.

Postwurfsendungen und Pressepost, auf die sich das Projekt beziehen soll, unterliegen nicht dem Beförderungsvorbehalt des § 2 des Gesetzes über das Postwesen. Sie sind freie Wettbewerbsleistungen und stehen insoweit in alleiniger unternehmerischer Verantwortung der Deutschen Post AG.

Für die hierzu gestellten Fragen ist nach der Postreform II ausschließlich die Deutsche Post AG zuständig.

Die Ausführungen der Bundesregierung beruhen daher inhaltlich auf der Stellungnahme der Deutschen Post AG.

1. Welches Ziel wird mit dem Pilotversuch verfolgt, und welche Umstände haben die Deutsche Post AG veranlaßt, diesen durchzuführen?

Die Deutsche Post AG sieht bei Teilkooperationen die Vorteile der Nutzung günstiger Netzstrukturen (z. B. Zustellung nur in bestimmten Orten und an bestimmten Tagen) sowie die Reduzierung von Spitzenbelastungen der Zusteller. Weiterhin sieht das Unter-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation vom 17. Mai 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

nehmen einen Know-how-Gewinn und eine Signalwirkung für den Marktzutritt anderer Wettbewerber. Durch die Kooperation mit den Wettbewerbern könnten sich Beteiligungen an einem Marktvolumen ergeben, das ansonsten für die Deutsche Post AG nicht zu nutzen wäre.

2. Wann soll der Pilotversuch beginnen, wo wird er stattfinden, und von welcher Dauer wird er sein?

Die Dauer der Pilotversuche ist einheitlich auf sechs Monate beschränkt. Der jeweilige Beginn ist regional unterschiedlich. Die ausgewählten Postleitzahlbereiche liegen in Gebieten bei Hagen, Koblenz, Stuttgart und Villingen-Schwenningen.

Im Bereich Hagen startet der Versuch in den Postleitzahlbereichen 58095 Hagen und 58091 Hagen-Rummenohl am 30. Mai 1996. Im Koblenzer Einzugsgebiet (56410 Montabaur und 56333 Winnigen) wird der Beginn im Mai/Juni 1996 liegen. Die Bereiche Stuttgart (zwei noch zu bestimmende Postleitzahlen) und Villingen-Schwenningen (78462 Konstanz und 78239 Rielasingen-Worblingen) werden voraussichtlich zwischen Juli und Oktober 1996 hinzukommen.

3. Wie viele Beschäftigte von Fremdfirmen werden für wie viele Stunden täglich eingesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Städten?)

Der Einsatz des Personals bei den Kooperationspartnern ist sehr unterschiedlich und liegt in deren Direktionsrecht. Die Deutsche Post AG hat zu diesem Komplex keine weiteren Informationen.

4. Welche Aufgaben sollen den Fremdfirmen im einzelnen übertragen werden?

Das Pilotprojekt umfaßt die Produkte Postwurfsendungen „An alle Haushaltungen“, Postwurf „Spezial“, teildressiert mit Straße und Hausnummer, und Wochenzeitschriften bzw. Presseprodukte, die weniger häufig erscheinen.

5. Welche Fremdfirmen kommen für den Pilotversuch in den einzelnen Städten in Betracht?

Nach Mitteilung der Deutschen Post AG werden die Namen der Kooperationsfirmen als Betriebsinterna nicht bekanntgegeben.

6. Ist gewährleistet, daß die Beschäftigten der Fremdfirmen nicht untertariflich entlohnt werden?

Die Einwirkung auf tarifvertragliche Regelungen und die Ausgestaltung von Arbeitsverträgen bei den Kooperationspartnern entzieht sich dem Einfluß der Deutschen Post AG.

7. Falls nicht gewährleistet werden kann, daß die Beschäftigten der Fremdfirmen nicht untertariflich entlohnt werden, inwiefern kann dann eine Gefährdung der qualifizierten Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG ausgeschlossen werden?

Nach Auffassung des Unternehmens sichert nur die eigene Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf Dauer die Arbeitsplätze der Deutschen Post AG.

8. Weshalb löst die Deutsche Post AG das Problem der Überstunden und Überbelastung vieler Postboten bei dem Stellenabbau von 32 000 innerhalb von zwei Jahren nicht mittels Umschulung und Umsetzung?

Der Stellenabbau bei der Deutschen Post AG wurde und wird nach deren Angabe sozialverträglich durch Umschulung, Umsetzung und Nutzung der Fluktuation gelöst.

